

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/001(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 07.08.2009	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:35Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 19. 06. 2009
- 5 Anträge
  - 5.1 Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft  
Vorlage: A0087/09  
CDU-Fraktion
    - 5.1.1 Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft  
Vorlage: S0170/09  
BE: Oberbürgermeister

- 5.1.2 Wissenschaftssommer 2010 in der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: I0168/09  
BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Zusammenarbeit Braunschweig - Radom - Saporoshje - Sarajevo -  
Magdeburg  
Vorlage: A0088/09  
CDU-Fraktion
- 5.2.1 Zusammenarbeit Braunschweig - Radom - Saporoshje - Sarajevo -  
Magdeburg  
Vorlage: S0175/09  
BE: Oberbürgermeister
- 5.3 Unterstützung für "Zug der Erinnerung"  
Vorlage: A0122/09  
Fraktion DIE LINKE
- 5.3.1 Unterstützung für "Zug der Erinnerung"  
Vorlage: S0220/09  
BE: Bürgermeister
- 5.4 Stadionordnung  
Vorlage: A0120/09  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.4.1 Stadionordnung  
Vorlage: S0232/09  
BE: Bürgermeister
- 5.5 Magdeburger Seniorenforum  
Vorlage: A0105/09  
Interfraktionell
- 5.5.1 Magdeburger Seniorenforum  
Vorlage: S0202/09  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.6 Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"  
Vorlage: A0207/08/2  
Fraktion DIE LINKE

- 5.6.1 Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"  
Vorlage: S0182/09  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.7 Werbefinanziertes Amtsblatt  
Vorlage: A0091/09  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.7.1 Werbefinanziertes Amtsblatt  
Vorlage: S0214/09  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg  
Stadtrat Burkhard Lischka  
Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst  
Stadtrat Wigbert Schwenke  
Stadtrat Reinhard Stern  
Stadträtin Regina Frömert  
Stadtrat Oliver Müller  
Stadtrat Frank Theile  
Stadtrat Sören Ulrich Herbst  
Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann  
Stadtrat Martin Rohrßen  
Stadtrat Hans-Jörg Schuster

**Verwaltung**

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Mirko Stage  
Stadtrat Frank Schuster  
Stadtrat Wolfgang Wähnelt

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Auf Hinweis des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE, ist zum TOP 5.5 die einbringende Fraktion in **Interfraktionell** zu korrigieren.

Mit dieser Korrektur wird die Tagesordnung von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

---

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper hinsichtlich Vorschläge für die Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden schlägt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, zur Wahl Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, vor.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Auf Hinweis des Oberbürgermeisters, dass die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses gem. § 54, Abs. 3 Satz 2 GO LSA offen durchgeführt werden kann, stimmen die Mitglieder des Verwaltungsausschusses einer offenen Wahl zu.

Beschluss-Nr. VW 001-01(V)09

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wählen mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses.

Stadtrat Schwenke nimmt die Wahl an und bedankt sich im Anschluss bei den Mitgliedern des Ausschusses für die Wahl.

#### 4. Genehmigung der Niederschrift vom 19. 06. 2009

---

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19. 06. 2009 wird von den Mitgliedern des Ausschusses mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen bestätigt.

#### 5. Anträge

---

##### 5.1. Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft Vorlage: A0087/09

---

In seinen erläuternden Ausführungen zur Information I0168/09 begründet der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper seine Auffassung, dass eine Bewerbung für das Jahr 2011 wenig aussichtsreich sei. Er bittet darum, entsprechend dem in der Information unterbreiteten Vorschlag hinsichtlich eines Verzichts auf eine Bewerbung für das Jahr 2011 zu verfahren und den Antrag in so geänderter Form zu beschließen.

Hinweis: Der Wortlaut der in der Information vorgeschlagenen geänderten Antragsform wird als Änderungsantrag A0087/09/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Seitens der Mitglieder des Verwaltungsausschusses gibt es keine gegenteilige Auffassung zum Vorschlag des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, hält die Änderung des Zeitraumes der Vorbereitung auf eine Wettbewerbsteilnahme für die Jahre 2011 bis 2013 für einen Kompromiss zum Antrag seiner Fraktion.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0087/09 unter Beachtung des Änderungsantrages A0087/09/1 in seiner Sitzung am 10. 09. 2009 zu beschließen.

##### 5.1.1. Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft Vorlage: S0170/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### 5.1.2. Wissenschaftssommer 2010 in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: I0168/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information I0168/09 zur Kenntnis.

5.2. Zusammenarbeit Braunschweig - Radom - Saporoshje - Sarajevo  
 - Magdeburg  
 Vorlage: A0088/09

---

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung unterbreitet der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper den Vorschlag die Partnerstädte der Landeshauptstadt Magdeburg anzuschreiben mit der Zielstellung, eine gemeinsame Gedenkveranstaltung zu organisieren.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses unterstützen einstimmig diesen Vorschlag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0088/09 der CDU-Fraktion in seiner Sitzung am 10. 09. 2009 zu beschließen.

5.2.1. Zusammenarbeit Braunschweig - Radom - Saporoshje - Sarajevo  
 - Magdeburg  
 Vorlage: S0175/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Unterstützung für "Zug der Erinnerung"  
 Vorlage: A0122/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

In seinen Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung geht der Bürgermeister erläuternd auf die einzelnen Beiträge der Landeshauptstadt Magdeburg zur Unterstützung des Projektes ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, zeigt sich erfreut über die Vielfalt der Unterstützungsmöglichkeiten und bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als lobenswert. Kritisch geht er dann auf die Ausführungen hinsichtlich fehlender Möglichkeiten seitens der Stadt für eine finanzielle Unterstützung ein. Er bittet darum, nochmals entsprechende Überlegungen anzustellen, sei es auch nur die Leistung eines symbolischen Beitrages, und unterbreitet den Vorschlag, gegebenenfalls auch Gespräche mit dem Land hierzu zu führen. Unverständnis äußert er zur Absicht der Deutschen Bahn, für die Nutzung der Gleise zur Durchführung des Projektes einen nicht unerheblichen Mietbeitrag zu erheben.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sieht als Möglichkeit der Unterstützung die Durchführung einer privaten Spendensammlung. Das Ansinnen der Deutschen Bahn zur Mieterhebung, welche durch die Stadt zu zahlen sei, lehnt er ab.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterbreitet den Vorschlag, ein Schreiben an die Deutsche Bahn zu richten mit der Bitte, auf eine Mieterhebung zu verzichten.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterstützt diesen Vorschlag und ergänzt, dass diese Schreiben über den Stadtratsvorstand an die Bahn gerichtet werden sollte.

Zum Hinweis des Stadtrates Bromberg auf die Darstellung der Unterstützung des Projektes seitens des Stadtrates spricht sich der Oberbürgermeister dafür aus, das Schreiben von allen Fraktionen unterschreiben zu lassen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0122/09 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 10. 09. 2009 zu beschließen.

#### 5.3.1. Unterstützung für "Zug der Erinnerung" Vorlage: S0220/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 5.4. Stadionordnung Vorlage: A0120/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Einführend zu seinen erläuternden Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung versichert Herr Dr. Koch, dass das Anliegen des Antrages sich mit der Intension der Verwaltung und des Fußballvereins deckt. Insbesondere verweist er dabei auf die in der Stellungnahme aufgeführten Aktionen der Stadt und des Vereins, auch im Zusammenwirken mit dem Land, die sich gegen Gewalt und Rechtsradikalismus richten. Ebenso verweist er auf die entsprechend ausgerichtete Intensivierung der Fanarbeit, die nach seiner Ansicht auch ein Stück Sozialarbeit beinhaltet. Abschließend geht er auf den in der Stellungnahme unterbreiteten Vorschlag ein, ein Gespräch der Verwaltung unter Einbeziehung des Stadionbetreibers, des Fußballklub und des Ausschusses BSS zu führen mit der Zielstellung Möglichkeiten zu diskutieren, wie noch Verbesserungen im Sinne des Antrages erreicht werden können.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung als nicht ausreichend, da außer der vorgeschlagenen Gesprächsführung keine konkreten Maßnahmen erfolgen. Er geht auf einzelne Passagen der bestehenden Stadionordnung ein und legt dar, dass diese Ordnung nach seiner Ansicht nicht ernsthaft genug umgesetzt wird.

Im Weiteren thematisiert er die Frage der Tätigkeit der Stadionordner und legt dar, dass hier eine Lösung gefunden werden muss bzw. eine Neuausschreibung der Ordner Tätigkeit vorgenommen werden sollte.

Stadtrat Herbst bezeichnet die vorgeschlagene Gesprächsführung als gut, sieht aber den Antrag mit der vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung als nicht ausreichend beantwortet an.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen hinsichtlich der Vertragspartner und verweist insbesondere darauf, dass eine Ausschreibung der Ordnerkräfte nicht seitens der Stadt erfolgt, sondern in Verantwortung der für die Betreuung bzw. Vermarktung des Stadions Zuständigen liegt. Er legt dar, dass die Problematik bekannt sei und es versucht wird, eine entsprechende Lösung zu finden. Dies sei aber kurzfristig nicht realisierbar.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt klar, dass die Antragsstellung auf Grund der Ansicht seiner Fraktion erfolgte, es bewege sich hinsichtlich der Verhinderung rechtsradikaler Tendenzen nichts. Er räumt ein, dass das Sicherheitsgeschäft ein schwieriges Gewerbe ist, jedoch sollte bei der Bindung von Ordnerpersonal darauf geachtet werden, dass sich unter dem Personal keine Sympathisanten befinden. Er bezeichnet den Punkt 2 des Antrages als Kernpunkt, der unbedingt umgesetzt werden muss.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch versichert davon ausgehen zu können, dass auch in den Führungsgremien im Sinne des Antrages diskutiert wird. Die Vereinsführung ist sich der Problematik sehr wohl bewusst. Aber die Umsetzung ist ein langwieriger Prozess. Insbesondere verweist er darauf, dass die Stadt für die Stadionordnung nicht verantwortlich ist und spricht sich dafür aus, dass vorgeschlagene Gespräch zu führen.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, sieht zwischen Antrag und Stellungnahme der Verwaltung keinen Gegensatz. Er macht darauf aufmerksam, dass es, wenn die Stadionordnung nicht ausreichend umgesetzt werden kann, weitere Verordnungen und gesetzliche Regelungen gibt. Er legt seine Auffassung dar, dass dem Antrag im Sinne der Stellungnahme zugestimmt werden kann.

Abschließend äußert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper keine Bedenken zu haben, die einzelnen Punkte des Antrages umzusetzen. Nach Saisonbeginn sollte das vorgeschlagene Gespräch stattfinden. Ggf. sollte Stadtrat Herbst dazu eingeladen werden, damit das Anliegen des Antrages klar dargestellt werden kann.

Hinweis: Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, verlässt kurzzeitig die Sitzung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0120/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 10. 09. 2009 zu beschließen.

5.4.1. Stadionordnung  
Vorlage: S0232/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.



5.5. Magdeburger Seniorenforum  
Vorlage: A0105/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Bg V) Herr Brüning teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Brüning darauf, dass die Landeshauptstadt Magdeburg auf dem Gebiet der Arbeit mit Senioren bereits sehr aktiv ist, weil es hierbei auch um Perspektiven der Stadt geht. Dabei sind auch bereits positive Ergebnisse aufzuzeigen. Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung verweist er auf die bundesweite Anerkennung stadtteilbezogener Seniorenforen. Seitens der Stadt soll Unterstützung gegeben werden bei einer gemeinsamen Diskussion des Stadtrates und Seniorenvertreter zu gemachten Erfahrungen. Zielstellung soll dabei sei, für eine ergebnisorientierte Arbeit entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0202/09 in seiner Sitzung am 10. 09. 2009 zu beschließen.

5.5.1. Magdeburger Seniorenforum  
Vorlage: S0202/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6. Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"  
Vorlage: A0207/08/2

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr (Bg VI) Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet es als nicht erforderlich, ein Verbot für die Aufstellung von Wahlplakaten auszusprechen und spricht sich gegen eine Beschlussfassung zum Punkt 2 des Änderungsantrages aus.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt klarstellend dar, dass die Überweisung dieses Punktes nicht zwingend Anliegen seiner Fraktion war. Das Verbot von Werbeplakaten war nicht Hauptanliegen des Antrages.

Eingehend auf die Darlegung des Stadtrates Müller unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, den Punkt 2 des Änderungsantrages nicht zu beschließen und Wahlplakate an dieser Stelle nicht zu verbieten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Punkt 2 des Änderungsantrages A0207/09/2 der Fraktion DIE LINKE nicht zu beschließen.

#### 5.6.1. Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz" Vorlage: S0182/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 5.7. Werbefinanziertes Amtsblatt Vorlage: A0091/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen Ausführungen bezeichnet der Beigeordnete Herr Platz das Amtsblatt als gutes Publikationsmittel, welches aber mit einem erheblichen Personalaufwand verbunden ist. Vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltssituation stellt sich die Frage, ob dieser Aufwand betrieben werden sollte. Im Ergebnis der geführten Prüfung kommt die Verwaltung zu dem Ergebnis, derzeit das beantragte werbefinanzierte Amtsblatt nicht einzuführen.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister aus, dass sich in anderen Städten der finanzielle Aufwand für ein solches Amtsblatt auf ca. 200 T€ beläuft. Dieser Aufwand ist für die Stadt Magdeburg zu hoch. Er spricht sich dafür aus abzuwarten, bis die Herausgabe eines Amtsblatte auf elektronischem Wege möglich ist. Seitens der Verwaltung wird empfohlen, den Antrag nicht zu beschließen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält die genannten 200 T€ für ein schlechtes Beispiel und wirft die Frage auf, ob nicht auf Grund weiterer intensiver Recherchen bessere Beispiele bzw. kostengünstigere Lösungen gefunden werden können. Er legt seine Auffassung dar, dass es noch andere Beispiele geben muss oder Überlegungen angestellt werden können, wie mit vorhandenen Ressourcen der Antrag umgesetzt werden kann.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass das dafür erforderliche Personal nicht vorhanden ist.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, sieht in einem werbefinanzierten Amtsblatt eine gute Möglichkeit auf Handwerksbetriebe hinzuweisen bzw. ihnen anzubieten, sich zu präsentieren. Sie unterbreitet den Vorschlag an die Verwaltung, sowohl mit Verantwortlichen der IHK als auch der Handwerkskammer Gespräche zu führen, ob entsprechende Angebote der Stadt angenommen würden. Es sollte geprüft werden, ob entsprechende Partner gefunden werden können. Kritisch legt sie dar, dass in der Stellungnahme keine Aussagen hinsichtlich zu erwartender Einnahmen durch Werbeanzeigen enthalten sind.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, führt aus, dass die Thematik zur Einführung eines werbefinanzierten Amtsblattes in den vergangenen Wahlperioden bereits diskutiert wurde und im Ergebnis stets die Nichtmachbarkeit festgestellt wurde. Er verweist darauf, dass bei einer Umsetzung des Antrages die Kosten für das Amtsblatt in den städtischen Haushalt eingestellt werden müssen und hierfür eine rechtliche Prüfung erforderlich ist. Er legt die Auffassung seiner Fraktion dar, auf Grund des jetzigen Standes der Öffentlichkeitsarbeit dem Antrag nicht zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass die Dimension von Werbeverfahren für Unternehmen für die Stadt zu groß und nicht finanzierbar sei.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, gibt zu bedenken, dass die Anzahl der Anzeigen in der „Magdeburger Volksstimme“ rückläufig sind und hinterfragt die Kosten städtischer Zeitungsanzeigen. Er bitte um eine Darstellung der Kosten für Anzeigen und der Herausgabe eines Amtsblattes. Nach seiner Auffassung wäre ein Amtsblatt für die Bürger schon deshalb von Interesse, da hier die offiziellen Mitteilungen der Stadt veröffentlicht werden.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE; unterstützt das Anliegen des Antrages und hält es für sinnvoll, nochmals grundsätzliche Überlegungen zur Umsetzung des Antrages anzustellen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als nicht ausreichend und unterstützt den Vorschlag der Stadträtin Frömert. Er bittet darum zu prüfen, ob es Bedarf für eine Kooperation mit IHK und Handwerkskammer gibt.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, und Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich Aussagen zu den Veröffentlichungskosten führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass dies recherchiert werden müsste. Er verweist nochmals darauf, dass die Herausgabe eines Amtsblattes finanziell ein Zuschussgeschäft sei.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag

Zurückstellung des Antrages um mindestens 3 Monate, um die vorgeschlagenen Gespräche mit IHK und Handwerkskammer zu führen sowie die Erarbeitung einer Kostengegenüberstellung vorzunehmen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem GO-Antrag zu.

6. Verschiedenes

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin